REINHARD BÜTIKOFER

Energiemix der Zukunft

Herr Prof. *Robbers*, Herr *Hirche*, meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank zunächst auch mal für die Gelegenheit hier mit Herrn *Hirche* argumentativ die Klingen zu kreuzen und mit Ihnen zu diskutieren. Der Energiemix der Zukunft ist sicherlich keine technische Frage. Er ist nicht schlicht ableitbar aus unhinterfragbaren naturwissenschaftlich zu beschreibenden Voraussetzungen, sondern er ist und wird sein das Ergebnis politischer Entscheidung. Es gibt verschiedene Pfade, die dabei miteinander konkurrieren.

Ich gebe Herrn *Hirche* recht, wenn er eingangs darauf hingewiesen hat, dass die drei energiepolitischen Ziele jeweils erreicht werden müssen. Ich gebe ihm nicht recht, wenn er behauptet, sie seien alle gleichrangig.

Es gibt nämlich meines Erachtens ein Bedingungsverhältnis zwischen diesen Zielen. Die Klimapolitik thematisiert objektiv begrenzende Faktoren für künftige Energiepolitik. Nur wenn wir diese objektiv begrenzenden Faktoren tatsächlich ernst nehmen, werden wir in der Lage sein, auch bezüglich der Preisgestaltung unserer Energieversorgung und der Sicherheit unserer Energieversorgung tragfähige Lösungen zu finden.

Die *Bundeskanzlerin Merkel* hat, wie Sie wissen, letztes Jahr eine Diskussion aufgegriffen, die ursprünglich die indische Umweltpolitikerin und Umweltwissenschaftlerin *Sunita Narein* angestoßen hat und als Ziel thematisiert, dass pro Kopf der Bevölkerung global nicht mehr als 2 Tonnen CO_2 im Jahr ausgestoßen werden können.

Das ergibt sich aus einer Kombination der Einschätzung der CO_2-Rezensionskapazität der Senken, also insbesondere der Meere, der Moore, der Wälder und der Entwicklung der Weltbevölkerung. Wenn man sich die inzwischen von der Wissenschaft beschriebenen Entwicklungen genauer ansieht, wird man sagen, selbst dieses 2-Tonnen-Ziel ist optimistisch. Denn die Weltbevölkerung steigt, während die Rückhaltefähigkeit, insbesondere der Meere, zurückgeht.

Wir haben im Moment in Deutschland pro Kopf zehn Tonnen CO_2-Emissionen und wenn wir das inzwischen unumstrittene Ziel einhalten wollen, den Klimawandel auf plus zwei Grad gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen, um zu verhindern, dass er außer Rand und Band gerät, dann heißt das für uns, dass wir bis zum Jahr 2050 unsere CO_2-Emission in Deutschland um 80 % senken müssen.

Für das Jahr 2020 hat sich die Bundesregierung auf ein Ziel von minus 40 % bis 2020 festgelegt, mit dem wir übereinstimmen und das wir, ohne dafür das Urheberrecht in Anspruch nehmen zu wollen, auch früher bereits thematisiert haben.

Ich glaube, es wird in der deutschen Öffentlichkeit noch zu wenig wahrgenommen, wie entscheidend dieses Jahr 2020 ist.

Global müssen wir bis 2020 die Spitze der CO_2-Emissionen überschreiten, wenn wir erreichen wollen, dass der Klimawandel begrenzbar bleibt. Dabei kommt den Industrieländern eine besondere Bedeutung zu, und zwar in zweierlei Hinsicht.

Das eine ist, schon kurz angerissen, die Frage, wie viel reduzieren wir. Das zweite und strategisch bedeutendere ist die Frage, ob wir in der Lage sind, auf der Basis ökologisch innovativer Technik ein ökonomisch erfolgreiches Modell zu kreieren oder nicht.

Wenn Herr *Hirche* sagt, es ist egal wo das CO_2 eingespart wird, hat er, naturwissenschaftlich betrachtet, natürlich recht. Politisch betrachtet allerdings möchte ich ihm gerne widersprechen. Denn würden wir unter diesem eng naturwissenschaftlich definierten Gesichtspunkt sagen, wir sparen durch CDM oder andere Kooperationsmechanismen in den Entwicklungs- und Schwellenländern CO_2 ein, weil das kurzfristig günstiger ist, würden wir die entscheidende Aufgabe verfehlen, in unseren entwickelten Industrieländern die technologischen Innovationen anzustoßen, die unverzichtbar sind, wenn wir insgesamt mehr erreichen wollen als nur die niedrig hängenden Früchte zu ernten. Was die Grüne Position betrifft, wird es Sie nicht überraschen, wenn ich Ihnen hier noch mal sage, dass für uns der beschlossene Atomausstieg auch im Zusammenhang mit der Klimadebatte nicht zur Disposition steht. Unser Kernbegriff dabei heißt Sicherheit. Im Übrigen, wenn ich das als Seitenbemerkung sagen darf, glaube ich, dass Atomstrom in Deutschland noch nie marktwirtschaftlich funktioniert hat, wobei das eine breitere Debatte wäre.

Sicherheit in Bezug auf Betrieb, Entsorgung, Rohstoffversorgung; es gibt auch eine interessante wissenschaftliche Debatte über Peak Uran, die man mal zur Kenntnis nehmen sollte und die nicht nur von Grasgrünen geführt wird, sondern zum Beispiel in den USA von der Atomwirtschaft selbst. Es gibt die Frage Terrorismusgefahr und es gibt die Frage Proliferation. Ich will da jetzt nicht ins Detail gehen. Ich will nur sagen, wer behauptet, ohne Atom ließe sich unser deutscher Beitrag zum Klimaschutz nicht stemmen, betreibt Ideologie ohne Bezug auf die Fakten. Und ich muss milde spotten, wenn mir jemand verspricht, wenn wir jetzt die Laufzeiten verlängern, dann könnten endlich die großen Energiekonzerne was in die Forschung bei Erneuerbaren investieren und was an die Verbraucher zurückgeben.

Wer hindert sie denn heute daran, das jetzt schon zu tun? Die Gewinne sind ja nicht zu knapp ausgefallen.

Ich möchte Ihnen nun unsere Grüne Perspektive vorstellen: Energieeffizienz, erneuerbare Energie und Energieeinsparung.

Ich höre schon lange, dass diese Fokussierung provinziell sei. Immerhin hat uns inzwischen eine große Zahl von Ländern weltweit diese provinzielle Orientierung Stück für Stück nachgemacht. Das deutsche Erneuerbare Energien Gesetz z. B. wird von über 40 Ländern weltweit kopiert. Und wenn Sie mal in die USA schauen, so hat im dortigen Präsidentschaftswahlkampf 2008 *Hillary Clinton* in ihren Wahlkampfreden

darauf verwiesen, dass man sich bei der Politik mit erneuerbaren Energien am deutschen Erfahrungsschatz ein Vorbild nehmen solle.

Und es ist *Thomas Friedman* von der NY Times, der mal geschrieben hat: „Das Land, das am schnellsten grün wird, mit den modernsten Technologien, das ist das Land, das im 21. Jahrhundert wirtschaftlich die Nase vorne haben wird."

Das ist auch meine Überzeugung.

Ich habe gesagt, wir müssen natürlich mit einer solchen ökologisch orientierten Energiepolitik auch die anderen beiden Kriterien der Energieversorgung und der Preise gewährleisten, keine Frage. Nur glaube ich, dass man den Begriff der Versorgungssicherheit nicht zu eng fassen darf, weder im Zeithorizont, noch in der Dimension.

Zur Betrachtung künftiger Versorgungssicherheit gehört die Entwicklung der Kosten fossiler Energien, gehört der Zugang zu solchen geopolitischen Überlegungen.

LUKOIL ist schon angesprochen worden, und auch wenn immer wieder beteuert wird, Russland sei ein verlässlicher Partner, entschuldigen Sie, so habe ich den Eindruck, dass die alten Sowjets verlässlicher waren als die heutigen Russen.

Mir macht es schon Unbehagen und auch der Klimawandel selbst ist ein Faktor in der Versorgungssicherheit. Es ist z. B. in Frankreich zu beobachten gewesen, dass als Folge von heißen Sommern die Versorgungssicherheit mit Atomstrom nicht mehr gegeben war, weil dort die Kraftwerke durch Flüsse gekühlt werden und diese nicht mehr genug Wasser führten.

Wir sind davon überzeugt, dass wir bis zum Jahr 2050 in Deutschland die Energieversorgung zu 100 % durch Energieeinsparung, Energieeffizienzsteigerung und erneuerbare Energien decken können. Bis zum Jahr 2020 sind die Ziele natürlich bescheidener.

Aber ich will die Ziele nennen, weil ich glaube, dass man sich daran messen lassen kann.

Es ist möglich, im Strombereich bis 2020 115 Mio. Tonnen CO_2 einzusparen, den Verbrauch um 16 % gegenüber dem Stand von 2005 zu senken und 40 % durch erneuerbare Energie zu decken.

2005 war der Anteil der Erneuerbaren Energien 10 %, dieses Jahr oder Ende des letzten Jahres waren es 14 % und daher sind wir zuversichtlich, bis 2020 auf über 40 % kommen zu können.

Atomstrom wäre dann im Rahmen des Ausstiegsszenarios vielleicht noch 6 oder 7 % im Jahre 2020. Das heißt, wir haben 6 % Atom, 16 % Einsparung und 40 % erneuerbare Energie, insgesamt also 62 %, was einen Rest von 38 % macht, der im Jahre 2020 nach wie vor Fossil wäre.

Bei der Wärme gilt das Gleiche, auch hier sind 115 Mio. Tonnen CO_2 einzusparen.

Erneuerbare Energien können bis zu diesem Jahr einen Anteil von 30 % haben, der Verbrauch kann um über 20 % gesenkt werden. Und im Bereich Mobilität, wo der Fortschritt am schwächsten ist, wären etwa 50 Mio. Tonnen einzusparen, bei 20 % erneuerbarer Energie.

Jetzt werden Sie sagen, solche Zahlen in den Raum zu stellen sei ja einfach.

In der Tat, die Zahlen alleine beweisen gar nichts und solche Ziele werden nur erreichbar sein, wenn wir tatsächlich eine durchgreifende ökologische Ordnungspolitik machen.

Ich bin auch ein Freund von Markt und Wettbewerb. Aber ich glaube nicht an das Ammenmärchen, dass Markt und Wettbewerb ohne Ordnungsrahmen funktionieren können.

Ich trete für ökologische Standards und Ziele und Rahmenbedingungen für den Markt ein. Dann kann der Wettbewerb seine Kreativität und Innovationskraft entfalten. Also, was ist zu tun? Auf was hätten Sie sich einzustellen, wenn Sie sich überlegen würden, ob Sie mit einer solchen Perspektive liebäugeln können?

Im Bereich Strom etwa ist eine durchgreifende Effizienzsteigerung sicherlich von grundlegender Bedeutung. Das fängt mit transparenten Kennzeichnungen von Endgeräten für die Verbraucher an, schließt Vorschläge wie einen deutlicher wirksamen Stromsparfond ein – wir denken an eine Mrd. pro Jahr, der sich finanziert aus den Erträgen des Emissionshandels – und schließt so etwas, was die Japaner „top runner policy" nennen, ein. Ein wunderschönes marktwirtschaftliches Instrument, ich weiß nicht wie vielen es geläufig ist. Es funktioniert so: Bei bestimmten Endgeräten wird der Standard an Energieeffizienz, den der beste Produzent zu bieten hat, als Vorgabe für alle Konkurrenten gesetzt und sie müssen dann binnen drei oder fünf Jahren, je nach dem, das kann man flexibel gestalten, diesen Effizienzstandard erreichen oder sie verschwinden vom Markt. Das löst interessanter Weise einen wunderschönen Wettbewerb um steigende Energieeffizienz aus und erreicht damit ökologische Ziele.

Ich glaube auch, wir werden europaweite Standards brauchen, den Hinweis auf die europäische Einbindung von Herrn *Hirche* wiederhole ich einfach.

Zum Beispiel sehe ich überhaupt nicht ein, dass wir nach wie vor völlig ineffiziente Standby-Schaltungen haben. Es ist technisch heute längst möglich, dass eine Standby-Schaltung nicht mehr als ein Watt verbraucht.

Hätten wir die, dann könnten wir zwei große Kohlekraftwerke morgen schließen.

Dass wir diese Energieverschwendung weiterhin zulassen ist meines Erachtens unverantwortlich.

Wir werden auch sicherlich noch mehr tun müssen für erneuerbare Energien. Off-Shore-Wind hat in diesem Zeitrahmen, über den wir jetzt reden, meines Erachtens, ein Potential von 20.000 Megawatt. On-Shore-Wind hat ungefähr dasselbe Volumen noch mal, sagt uns die Windbranche.

Da haben wir heute 22.000 Megawatt und auf 40.000 könnten wir kommen. Und ein Stichwort, das noch nicht fiel, aber auf das ich auch gerade in Bezug auf die Grundlastfähigkeit von erneuerbaren Energien große Hoffnungen setze, ist die Geothermie.

Wir müssen das Stromnetz ausbauen, das ist wichtig. Wir haben uns deswegen, als wir noch an der Regierung waren, besondere Mühe gegeben, die Stromnetze beim Infrastrukturbeschleunigungsgesetz mit einzuschließen, um genau das hinzukriegen. Da liegt meines Erachtens das Problem eher bei denen, die investieren müssten.

Wir brauchen ein Biogaseinspeisegesetz und wir brauchen in Europa ein Hochspannungsnetz, das z. B. auch erlaubt, Solarstrom aus Nordafrika in ein solches Netz einzuspeisen.

Im Bereich Wärme passiert im Moment extrem wenig. Es wird viel Radau gemacht und es wird viel versprochen, aber wenn man sich mal die Zahlen ansieht, sind sie belämmernd.

Wir haben ungefähr 36 Mio. Wohngebäude in Deutschland. Mit dem KFW-Programm, das es erfreulicherweise gibt, finanzieren wir mit 2 Mrd. Euro 200.000 energetische Altbausanierungen. Wenn wir mit der Geschwindigkeit weitermachen, dauert es 150 bis 180 Jahre, bis wir einmal durch sind.

Dass das nicht funktioniert, ist offenkundig. Deswegen muss man auf der einen Seite solche Programme aufstocken. Aber ich glaube, auf der anderen Seite muss man auch die rechtlichen Rahmenbedingungen ändern.

Ich bin der Meinung, man muss den Mietern das Recht geben, zu verlangen, dass die Wohnungen, bei denen es sich um Mietwohnungen handelt, auf ein modernes Energieeffizienz-, Energieeinsparungsniveau angehoben werden.

Nun wird ein möglicher Hausbesitzer unter Ihnen argumentieren, dass nicht sichergestellt sei, dass sich das rechne. In der Tat, allein durch das Recht des Mieters, das zu verlangen, ist das nicht sichergestellt.

Es gibt auch ein schönes Beispiel aus Hannover, in dem demonstriert worden ist, wie das funktionieren kann. Ich weiß nicht ob Sie das kennen, Herr *Hirche*, da ist in einem Altbau mit 100 Jahre alter Bausubstanz, Geschosswohnungsbau, ein Passivhausstandard realisiert worden, also statt der heute durchschnittlich gängigen 200 bis 300 kWh/m²/Jahr, noch gerade mal 15 kWh/m²/Jahr. Das ist mit den 11 % Modernisierungsaufschlag in der Tat nicht finanzierbar.

Das ist aber dort in dem Beispiel finanziert worden durch eine zweite Miete von 1 €/m².

Warum ist das machbar und nicht unsozial? Weil die Mieter an Einsparungen wesentlich mehr erzielen, als sie an Zusatzkosten für die Abfinanzierung dieser Investition zahlen.

Das ist ein win-win-Geschäft für Vermieter und Mieter. Wenn man im BGB die entsprechenden Voraussetzungen schaffen würde, könnte da richtig Bewegung in die Sache kommen. Ich glaube, das könnte sogar mehr bewirken als staatliche Finanzierungsprogramme. Wir brauchen einen vernünftigen Energieausweis. Wir brauchen ein Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz.

Wir haben gerade mal 12 % KWK in Deutschland. Die Dänen liegen uns mit 50 % weit voraus und das, was die Bundesregierung bis jetzt aufgelegt hat, wird noch nicht mal 25 % erreichen.

Insbesondere bei der Biomasse ist KWK außerordentlich erfolgversprechend. Wir brauchen ein erneuerbares Wärme-Gesetz und natürlich auch ein entsprechendes Marktanreizprogramm.

Im Bereich Mobilität ist mir zunächst nur mal wichtig zu betonen, dass ich keiner von denjenigen bin, die immer als erstes mit dem Finger auf die Autofahrer zeigen,

wenn darüber diskutiert wird, was wir energiepolitisch ändern können. Der Bereich Wärme und der Bereich Strom sind die wichtigeren Bereiche. Aber wir müssen auch im Mobilitätsbereich einiges tun, z. B. CO_2-bezogene Kfz-Steuern, die steuerliche Förderung von Dienstwagen abhängig machen vom CO_2-Ausstoß, Kerosinsteuer und die Beseitigung der Mehrwertsteuerbefreiung für Auslandsflüge, Einbeziehung des Flugverkehrs in den CO_2-Handel, nicht zu vergessen das Tempolimit. Tempolimit bringt nach den Aussagen des Umweltbundesamtes kurzfristig neun % (Tempolimit 120). Neun % ist nicht viel, sagen Sie, und das hat Herr *Gabriel* auch lange gesagt.

Doch das Tempolimit bringt zwei Mio. Tonnen Einsparung. Das ganze energetische Altbausanierungsprogramm der Bundesregierung hingegen bringt für eine Mrd. Investitionen eine Mio. Tonnen. Da finde ich, sieht das mit dem Tempolimit nicht ganz so schlecht aus.

Wenn man dann aber den indirekten Effekt betrachtet, der dadurch entsteht, dass man leichtere Fahrzeuge bauen kann, mit nicht so schweren Motoren und dadurch Gewichtseinsparungen erreicht und den Kraftstoffverbrauch minimieren kann, dann steigen die Effekte auf mehr als 30 % CO_2-Reduktion. Ich will Ihnen jetzt nicht alle möglichen Maßnahmen aufzeigen, ich will noch quittieren was Herr *Hirche* gesagt hat in Bezug auf Biokraftstoffe. Ich glaube, dass wir da in der Tat zum Teil auf dem falschen Weg sind, dieser schematische Beimischungszwang ist eine Sackgasse. Nicht nur, weil es der ADAC sagt, sondern auch aus ökologischer Perspektive. Ich fände es besser, wir würden zurückkehren zu der steuerlichen Begünstigung der reinen Biokraftstoffe, wie wir sie hatten.

Ich glaube auch, dass es nicht erfolgversprechend sein kann, sogenannte Biokraftstoffe breit einzuführen, ohne dass eine Zertifizierung sicherstellt, dass das tatsächlich auch ökologisch nützlich ist und nicht z. B. über Monokulturen in der Landwirtschaft oder über Abholzung von Regenwäldern am Ende in der Bilanz das Klima schädigt.

Ich will nur noch mit einem Stichwort erwähnen, dass wir vorschlagen ein Marktanreizprogramm für eine Million Elektroautos für 2020 aufzunehmen. Worum es mir geht, wenn ich Ihnen bis jetzt einzelne Maßnahmen aufzähle, ist, schon deutlich zu machen, dass das ein ehrgeiziges Vorhaben ist und kein Vorhaben, das man einfach durch ein paar Zielprojektionen auf den Weg bringt.

Das ist ein Vorhaben, das die Wirtschaft mit ins Boot holen muss, wenn es erfolgreich sein will. Es ist ein Vorhaben, das auch von den Verbrauchern Verhaltensveränderungen verlangt. Es ist ein Vorhaben, das ein gewisses Umdenken verlangt.

Ich glaube aber, es ist ein Vorhaben, was wirtschaftlich außerordentlich erfolgreich sein kann.

Meine Grundüberzeugung ist, dass diese ökologische Innovationswelle, die wir auslösen würden durch eine solche Energiepolitik, die deutsche Wirtschaft insgesamt wettbewerbsfähiger machen wird, insgesamt sicherer machen wird, ihre Auslandsabhängigkeit, etwa bei der Energieversorgung deutlich reduzieren wird.

Lassen Sie mich drei allgemeine Schlussbemerkungen machen:

Erstens, natürlich braucht es ein paar allgemeine Rahmenbedingungen, auf die ich jetzt nicht näher eingegangen bin. Zum Beispiel sehe ich nicht ein, dass wir bestimmte

Ökosteuerbefreiungen, die ursprünglich mal eingeführt wurden, um energieintensiven Branchen die Anpassung zu erleichtern, auf alle Zukunft unverändert fortschreiten. Zum Beispiel werden wir Stück für Stück beim Emissionshandel zu einer Versteigerung kommen müssen, weil es marktwirtschaftlich das einzig Senkrechte ist, solche Emissionsrechte nicht einfach kostenlos zu verteilen.

Zum Beispiel werden wir auch, und ich habe leider Herrn *Rhiels* Beitrag zu diesem Thema verpasst, das Energiekartell aufbrechen müssen. Ich glaube, dass es da eine Überschneidung der Interessen von Marktwirtschaft und ökologischer Innovation gibt.

Zweite Bemerkung: Was für ein Rolle spielt Kohle? Herr *Hirche* hat vorhin vor der Schimäre des Kohleausstiegs gewarnt. Ich kenne keinen, jedenfalls bei den Grünen, der von Kohleausstieg redet. Worüber wir allerdings schon reden, ist, dass wir keine Kohlekraftwerke bauen mit einem Wirkungsgrad von gerade mal 46 %, die dann auf 40 Jahre hinaus das Klima belasten, ohne, das ist der wichtige Punkt, dass sie auf CCS-Technik eingestellt sind.

Bisher gibt es diese CCS-Technik nicht und demzufolge, was ich an Informationen besitze, ist es sogar fraglich, ob sie jemals funktionieren wird.

Herr *Hambrecht* von der BASF z. B. sagt mir immer, er glaube nicht, dass es funktionieren wird. Für mich persönlich ist es schwer einzuschätzen.

Aber ich bin der Meinung, in dem Moment, in dem solche Rückhaltetechnologien funktionieren werden, ändert das natürlich die ökologische Bilanz der Kohle und das ist insbesondere für Entwicklungsländer wie Indien und China, die auf lange Sicht auf Kohle gar nicht verzichten können, eine hochspannende Geschichte. Und wenn wir dann diejenigen wären, die diese Technik anbieten, wäre es auch für uns wirtschaftlich attraktiv.

Aber solange diese Technik nicht praktiziert werden kann, ist es völlig unseriös, jetzt bis zu dreizehn neue Kraftwerke alleine in Niedersachsen auf den Weg zu bringen. Diese Art von Kohlepolitik lehnen wir in der Tat ab. Kohle kann heute schon viel effizienter genutzt werden, wenn man sie im Rahmen von KWK nutzt. Dann hat man einen Wirkungsgrad von über 90 %. Das macht doch einen Unterschied zu den 46 % die wir heute haben.

Eine Bemerkung noch zu der Frage, ob wir uns das alles finanziell leisten können. Das BMU hat vorgerechnet, dass das sogenannte IEKP, das Integrierte Energie und Klimaprogramm der Bundesregierung, bis 2020 in der Bilanz nicht Kosten verursacht, sondern Gewinne generiert. Der BDI hat es nicht geglaubt und hat McKinsey beauftragt eine Studie zu schreiben. McKinsey hat sich an die Arbeit gemacht, das BMU hat gezittert, was dabei wohl herauskommen mag und zur allgemeinen Überraschung kam bei dieser BDI-McKinsey-Studie heraus, dass eine CO_2-Reduzierung von über 30 % profitabel sein kann.

Und das unter der Annahme eines Rohölpreises von nicht mehr als 60 US $/Barrel. Das ist aus Ölsicht eine optimistische und aus meiner Sicht wenig realistische Annahme.

Ändere ich auch nur geringfügig diesen Grundparameter, dann verändert sich die ökonomische Gesamtrechnung zu Gunsten von Energiealternativen dramatisch. Aber

selbst die 30 %, die der BDI sich hat von McKinsey errechnen lassen, sind jedenfalls schon ein massives Argument gegen all diejenigen, die behaupten, man könne sich das nicht leisten da ehrgeizig zu sein.

Und schließen will ich mit dem Hinweis: Ich glaube, kein Land vergleichbarer Wirtschaftskraft ist so stark von Energie und Ressourcenimporten abhängig wie Deutschland. Bei allem Respekt vor der Ölförderung in Niedersachsen. Und wenn Sie sich mal kurz vorstellen, was passierte, wenn der Anstieg des Ölpreises konterkariert würde durch einen schwachen Dollar, dann sehen Sie die Achillesferse unserer Ökonomie. Ich glaube deswegen haben wir in besonderer Weise ein Interesse an der Stelle von dieser Art von fossiler Energieversorgung unabhängig zu werden. *Sir Nicholas Stern* hat im Auftrag des jetzigen Britischen Premiers und früheren Schatzkanzlers Ende 2006 seinen inzwischen berühmt gewordenen Review vorgestellt. Dieser beinhaltet als Fazit des ehemaligen Chefvolkswirts der Weltbank zu ökonomischen Analysen künftiger Energiepolitik: „You can get green and grow."

Ich glaube man kann heute, nach der Diskussion des Jahres 2007 einen Schritt weitergehen, und sagen, wer in Zukunft erfolgreich wirtschaften will und auch wachsen will, wird es ganz sicher nur noch auf ökologisierter Grundlage tun können, deshalb plädiere ich nicht für ein „business as usual" mit ein bisschen Öko dabei, sondern für eine grundlegende Umorientierung der Energiepolitik und des Energiemixes.